SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Selbstorganisation im migrantischen Widerstand: ein Diskussionsanstoß

Bratic, Ljubomir

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bratic, L. (2001). Selbstorganisation im migrantischen Widerstand: ein Diskussionsanstoß. *SWS-Rundschau*, *41*(4), 516-536. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165774

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Selbstorganisation im migrantischen Widerstand

Ein Diskussionsanstoß

Ljubomir Bratic (Wien)

Die aktuelle Diskussion über die Repräsentation der MigrantInnen im öffentlichen Raum hängt eng mit der soziopolitischen Stellung der MigrantInnen in der österreichischen Gesellschaft zusammen. Dem strukturell rassistisch ausgerichteten System stehen seit Beginn der Migration nach Österreich (1961/ 62) verschiedene Strategien entgegen, um diesen im System produzierten Mechanismen der Marginalisierung entgegenzutreten. Ausgehend von der These, dass die MigrantInnen handelnde und kreative Individuen mit der Fähigkeit sind, durch Zusammenschluss in Formen von Selbstorganisation dem gesetzlich ausgeübten Druck in den Aufnahmestaaten Widerstand zu leisten, wird die Behauptung aufgestellt, dass es eine andere als die offiziell erzählte Geschichte der Migration gibt. Dieser Geschichte wird im folgenden Beitrag nachgegangen. Unter Widerstand wird hier alles subsumiert, was im Alltag dem gesetzlichem Druck und der auch oft feindlichem Umgebung entgegengesetzt wird. Die Stationen dieser Geschichte erzählen vom Fortbestehen, von der Erneuerung und von der Erfindung verschiedener Organisationsformen innerhalb der migrantischen Gemeinschaften. Die letzte dieser Formen sind partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation, deren bisherige Entwicklung und künftige Entwicklungsperpektiven dieser Artikel darstellt.

1. Einleitung

In diesem Beitrag sollen die Veränderungen der Grundsätze und der Einstellungen erörtert werden, die sich in den migrantischen Organisationen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre verfestigt und zu einer Neuorientierung des politischen Bewusstseins der MigrantInnen geführt haben. Unter MigrantInnen verstehe ich in meinem Artikel die seit der ersten Anwerbungswelle der 60er-Jahre in den letzten 40 Jahren nach Österreich eingewanderten Personen und deren Nachkommen in der zweiten bis vierten Generation, zunächst unabhängig davon, ob sie mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt haben oder nicht. Im weiteren Textverlauf wird der MigrantInnenbegriff dann spezifiziert, wenn etwa die verhältnismäßig kleine Gruppe der aus Ländern des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) Eingewanderten gemeint ist. In der Regel sind vor allem „Drittstaatsangehörige“ außerhalb des EWR angesprochen.

Das österreichische politische System ist wie im Prinzip jeder Nationalstaat strukturell rassistisch ausgerichtet: Strukturell werden MigrantInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen systematisch ausgeschlossen und benachteiligt, wobei ständig neue Formen des Ausschlusses entwickelt werden. Ökonomisch und ideologisch werden Ausschlussregelungen und –praktiken mit dem „Schutz der inländischen ArbeitnehmerInnen“ gerechtfertigt. Der strukturelle Rassismus zeigt sich konkret in folgenden Bereichen: Ausschluss von Wahlrechten und Einschränkungen für Möglichkeiten politischer Partizipation; abgestufter Ausschluss vom Arbeitsmarkt (Beschäftigungsbe-

willigung, Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein) und der Niederlassung (Möglichkeiten zur Illegalisierung und Abschiebung); Schlechterstellungen im Sozialrecht und in vielen anderen Rechtsbereichen; Diskriminierungen bei der Vergabe von geförderten Wohnungen; Ghettoisierung, Segregation und Konzentration der MigrantInnen in bestimmten Bereichen; mangelnde Aufstiegs- und Ausbildungschancen.

Aufgrund der ebenfalls als rassistisch zu bezeichnenden Diskriminierung von autochthonen (ethnischen und religiösen) Minderheiten können jedoch MigrantInnen nicht mit der gesamten Gruppe der rassistisch Diskriminierten gleichgesetzt werden. Für autochthone Minderheiten wie für MigrantInnen treffen insbesondere Merkmale der Rassismus-Definition von Philomena Essed zu, derzufolge „... bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartet und minderwertige ‚Rassen' oder ethnische Gruppen angesehen werden" (Essed 1992, 375).

Zunächst beschreibe ich im Beitrag den Einfluss, den das politische System Österreichs und seine Veränderungen auf die Entstehung und Entwicklung differenzierter migrantischer Formen von Selbstorganisation ausgeübt haben.

Selbstorganisation ist ein soziales Phänomen, das in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit sowohl von SozialwissenschafterInnen als auch von an gesellschaftspolitischen Fragen interessierten Menschen auf sich zieht. In einer allgemeinen Verwendung bezieht sich Selbstorganisation auf eine selbst gewählte Organisationsbewegung von Menschen innerhalb eines soziales Raums. Selbstorganisation ist für die Entwicklung sozialer Bewegungen notwendig. Unter Selbstorganisation der MigrantInnen verstehe ich jene defensiven und partizipationsorientierten Gruppen, die das soziale Gefüge und das politische Agieren der MigrantInnen wesentlich prägen (vgl. dazu näher Kap. 4).

Schließlich wird aufgezeigt, wie diese Organisationsformen die negativen Folgen des oben beschriebenen, vorherrschenden strukturellen Rassismus über Netzwerke und durch aktives Engagement zu überwinden versuchen. In diesem Zusammenhang gehe ich näher auf die Struktur des multiethnischen Netzwerkes ein, das in Österreich in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre entstanden ist. Entsprechende Fallbeispiele dafür sind „Die Bunten", das „Austrian Network Against Racism (ANAR)" und „Bunte Demokratie für Alle (BDFA)", die ehemalige „Demokratie für Alle (DFA)". Obwohl deren Entstehungsgeschichten und Strukturen zwar selten explizit beschrieben werden, bilden sie dennoch den Hintergrund dieser Darstellung.

2. Phasen der Migrationsgeschichte Österreichs

Anfang der 60er-Jahre begann Österreich so genannte GastarbeiterInnen anzuwerben. Die Strategie der Bundesregierung und der Sozialpartner orientierte sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, dessen Hauptcharakteristikum die zeitliche Begrenztheit der Aufenthalts- und Beschäftigungsdauer im österreichischen Staatsgebiet war. Dieses Modell wurde unter dem Namen „Rotationsmodell" bekannt: „Je nach Bedürfnis der österreichischen Wirtschaft sollten schnellstens geeignete, v.a. hochqualifizierte, – mo-

tivierte, gesunde, junge Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Beabsichtigt war, dass diese ArbeiterInnen nach einem oder maximal zwei Jahren Österreich wieder verlassen und durch neue ‚GastarbeiterInnen' ersetzt werden" (Hetfleisch 1991, 31).

1973 verhängte die österreichische Regierung einen Anwerbestopp. 1976 trat das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) in Kraft. Michael John und Albert Lichtblau zeigen in ihren Arbeiten, dass das Ausländerbeschäftigungsgesetz nur eine konsequente Fortsetzung des „Inländerarbeiterschutzgesetzes" aus dem Jahr 1926 ist:

„Das Inländerarbeiterschutzgesetz, das am 1. Januar 1926 in Kraft trat, regelte die Ausländerbeschäftigung wie folgt: Arbeitgeber durften Ausländer nur mit behördlicher Bewilligung beschäftigen, die von der industriellen Bezirkskommission erteilt wurde. Diese bestand aus einem Vertreter dieser Behörde und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Analog dazu mussten Arbeitgeber von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern bei einer Kommission der Landesregierung ansuchen. Bewilligungen durften nur erteilt werden, falls es die Lage am Arbeitsplatz und die Interessen der Volkswirtschaft zuließen bzw. triftige Gründe, besonders Familienrücksichten, dafür sprachen. Die Bewilligung galt jeweils nur für den angegebenen Beruf, und die Beschäftigungsart war befristet und konnte an weitere Bedingungen geknüpft werden; Verlängerungen wurden nur unter den eben erwähnten Gesichtspunkten gewährt" (John/ Lichtblau 1990, 267).

Das AuslBG entspricht diesem Gesetz grundsätzlich in allen Punkten. ArbeitgeberInnen dürfen Drittstaatsangehörige nur mit einer vom Arbeitsmarktservice (AMS) erteilten Bewilligung beschäftigen. Diese wird von einer Kommission erteilt, in der VertreterInnen der Sozialpartner und des AMS sitzen. Bewilligungen dürfen nur vergeben werden, falls es die wirtschaftliche Lage zulässt, die Zahl der beschäftigten Drittstaatsangehörigen die Bundeshöchstzahl von 8% aller Beschäftigten in Österreich nicht überschreitet und die kollektivvertraglichen Regelungen eingehalten werden. Es gibt drei Bewilligungsformen: die erste, die Beschäftigungsbewilligung, wird dem Arbeitgeber erteilt und gilt nur für dessen Betrieb; die zweite, die Arbeitserlaubnis, erhält der/ die MigrantIn selbst und gilt für ein Bundesland; die dritte, der sogenannte „Befreiungsschein", wird auf fünf Jahre erteilt und gilt für das gesamte Bundesgebiet. Für nicht aus dem EWR-Raum stammende MigrantInnen gibt es in Österreich – bis zur Erlangung der Staatsbürgerschaft – keine unbefristete Beschäftigungsmöglichkeit.

Mit dem In-Kraft-Treten des AuslBG begannen der politisch nicht erwünschte, aber dennoch einsetzende Familiennachzug und die Kettenmigration: „Kettenwanderung ist eine Form der Wanderung, in welcher Migranten soziale Beziehungen zu bereits Ausgewanderten, die im Herkunftskontext begründet sind, vor allem Verwandtschaft und (frühere) Nachbarschaft, für ihren Migrationsprozess nutzen: von den Ausgewanderten erfahren sie über Chancen, erhalten Hilfe für ihre Reise, für das Finden von Arbeitsplätzen und Wohnungen, auch für die Anpassung an die neue Umgebung." Kettenmigration ist „eine universelle und wahrscheinlich auch die quantitativ bedeutendste Form der Migration" (Heckmann 1992, 99).

Bedingt durch diese Ereignisse veränderten sich die öffentliche Meinung und Wahrnehmung gegenüber MigrantInnen: Sie wurden zunehmend als Problem wahrgenom-

men: „Das Problem“ nahm mit der Zeit verschiedene Ausprägungen an: zuerst sollte aus der Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) verhindert werden, dass die einheimischen ArbeiterInnen Konkurrenz erhielten: „... eine Minimierung der Ausländerbeschäftigung; kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse; möglichst geringe Freizügigkeit beim Arbeitsplatzwechsel für AusländerInnen; Einschränkung bei Zuzug vor allem durch Familienzugehörigkeit; Vorrang der InländerInnen bei der Arbeitsvermittlung. In allen diesen Punkten haben sich zumindest auf der Ebene der Gesetze die Gewerkschaften durchsetzen können“ (Bauböck 1990, 49).

Indirekte Unterstützung erfuhr die Politik der Gewerkschaften durch den vor allem von der FPÖ angeheizten Überfremdungsdiskurs, der mit Metaphern von „Flut“ und „vollem Boot“ das Bild einer stetig und stark zunehmenden Zahl von MigrantInnen an die Wand malte. Im Sog dieses Diskurses sprachen auch PolitikerInnen von ÖVP und SPÖ von MigrantInnen-Ghettos und „berechtigten Ängsten“ der einheimischen Bevölkerung. Außerdem beklagten sie eine angeblich zunehmende „Ausländerkriminalität“, und dass die österreichischen Gefängnisse mit MigrantInnen überfüllt und dadurch überfordert seien.

Auch die Wissenschaft bediente den Rassismus: Bereits in den 70er-Jahren hatten MigrationsexpertInnen[1] bei den MigrantInnen zerrissene und gespaltene Identitäten diagnostiziert. Die MigrantInnen wurden damit nicht als handelnde oder denkende Subjekte aufgefasst, sondern als zur Passivität verurteilte, leidende Individuen abgestempelt.

In den 80er-Jahren erlaubte die wirtschaftliche Konjunktur den politischen Parteien, sich wieder für die „Integration“ einzusetzen. Nach meiner Wahrnehmung vertraten die politischen Parteien die Ansicht, vor allem die Kinder und Frauen „den patriarchalen Familienverhältnissen zu entreißen“ und sie in die Welt des Aufnahmelandes zu „integrieren“. Ende der 80er-Jahre erlebte der Begriff der „Kultur“ in der sozialwissenschaftlichen ebenso wie in der politischen Diskussion eine Aufwertung. Dies spiegelte sich auch in der Debatte über Migration wider. Das Kopftuch, der Hammelbraten[2], der Kebap und die multikulturellen kulinarischen Festivitäten wurden zum bevorzugten Diskussions- und Streitthema. Für die einen stellten die MigrantInnen eine „kulturelle Bereicherung“, für die anderen eine „kulturelle Bedrohung “ dar. Den Konsens, dass Österreich kein Einwanderungsland ist, stellte damals keine einzige maßgebende politische Kraft in Frage.

1 Charakteristisch für diese Psychologisierung der MigrantInnen ist das Buch „Gastarbeiter“ von Siegfried Pflegerl (1977). Ausgehend von der Annahme, dass die MigrantInnen Opfer sind, schlägt dieser Autor als Integrationsmaßnahmen „seelsorgerische Betreuung“ (153 und 165), „medizinische Betreuung“ (154 und 165) und „publizistische Lebenshilfe“ (154) vor. Diese Reduktion der MigrantInnen auf Objekte einer von Einheimischen durchgeführten, so genannten Integration wirkt bis heute nach. So war der Autor dieses problematischen Buches einer der HauptreferentInnen bei der 4. Österreichischen Armutskonferenz am 23.–25.10.2000 in St. Virgil (Salzburg), die sich auch mit Fragen der Migration beschäftigte.

2 „Wenn nur noch zwei alte Leute in einem Haus voller Türken leben, und die grillen jeden Sonntag eine Ziege, dann muss man den Wienern helfen. So ein Viech stinkt ja wie die Pest.“ Zu diesem Ausspruch des damaligen Wiener Bürgermeisters Helmut Zilk (zit. nach: profil, Nr. 32, 9.8.1993, 17) erübrigt sich jeder Kommentar.

Seit dem Fall der realsozialistischen Systeme 1989 – und dem damit verbundenen Wegfall einer geopolitisch motivierten humanen Asylpraxis – begann in Österreich die langsame Demontage der Genfer Flüchtlingskonvention:[3] Dies führte vor allem zu Einschränkungen im Asylrecht und zur Etikettierung der AsylwerberInnen als versteckte „Wirtschaftsflüchtlinge", wenn nicht zu Mitgliedern von internationalen Terror- oder Mafiaorganisationen. In diesem Sinn wurde die Migration seit Beginn der 90er-Jahre von den damaligen Regierungsparteien der Großen Koalition sowie von der FPÖ vor allem als Problem der inneren Sicherheit dargestellt. Ein neues Asylrecht, ein neues Aufenthaltsgesetz, der Grenzschutzeinsatz des österreichischen Bundesheeres, die Durchführung des Schengener Abkommens – alle diese Maßnahmen wurden mit der steigenden Kriminalität der MigrantInnen und ihrer Kinder gerechtfertigt.[4] Die kulturelle Bereicherung wurde zur kriminellen Bedrohung. Das neue Feindbild heißt „Illegale". Die „Illegalen" werden von den für migrationspolitische Entscheidungen relevanten politischen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ als bedrohliches Massenphänomen gezeichnet, über dessen Existenz allerdings vorwiegend spekuliert wurde und wird. Dazu ein Beispiel aus den frühen 90er-Jahren: „Die Zahlen (der illegalen MigrantInnen) schwanken zwischen 100.000 von Seiten der SPÖ und ‚mehreren hunderttausend' von Seiten der FPÖ" (Hierl 1992, 51). Dass sich die drei größten österreichischen Parteien dabei übertrumpfen, wenn es darum geht, ein Bedrohungspotenzial zu konstruieren, ist für ihre rassistischen Diskurse charakteristisch: Sie verwenden alle eine rassistische Konstruktion der „Illegalen", die somit den Grundkonsens diskursiv befestigt. Diskurse, die dieser Konstruktion entgegenstehen und sie in Frage stellen, wie etwa die Kampagne „Kein Mensch ist illegal", sind in den drei erwähnten Parteien dagegen nicht verbreitet.

Der damalige ÖVP-Vizekanzler Erhard Busek verlangte eine „Sanierung" und er verwehrte sich auch nicht dagegen, dass mit „Sanierung" die Vertreibung von *„illegalen Ausländern"* gemeint war.[5] Seit den 90er-Jahren wurden Spezialeinheiten in der Polizei installiert, die sich mit der „chinesischen Mafia", „kurdischen Extremisten", „rumäni-

3 Einen Meilenstein in diese Richtung setzte Österreich während seiner EU-Präsidentschaft 1998 mit dem Vorschlag des damaligen Sektionschefs im Innenministerium Manfred Matzka. Matzka konstatierte u.a. die „Veralterung" der Genfer Flüchtlingskonvention.

4 Josef Cap, damaliger SPÖ-Zentralsekretär und SPÖ-Klubobmann im Nationalrat, vertrat damals die Meinung (profil, Nr. 46, 9.11.1992, 13), dass Österreich kein Einwanderungsland sei und die SPÖ mit ihrer damaligen Plakatserie „Gesetze statt Ausländerhetze" rechtsradikale Angriffe auf die MigrantInnen „wie in Rostock" vermeiden wollte. In der Folge plante und verwirklichte die SPÖ/ÖVP-Koalition bis 1999 möglichst restriktive gesetzliche Maßnahmen gegenüber MigrantInnen, um mit diesem Rechtsruck rechten Kräften in der Gesellschaft entgegenzukommen.

5 profil: „Gleichzeitig müssen Sie sich gefallen lassen, dass man Ihnen vorwirft, dass Sie jetzt in der Ausländerfrage mitlizitieren: Der Innenminister verkündet einen Flüchtlingstopp, Sie verkünden die Vertreibung der Illegalen, Jörg Haider verlangt schon einen Ausländerausweis."
Busek: „Die Diskussion über ‚Lizitation' ist eine der dümmsten – eine klassische Meinung von Journalisten, aber keine der betroffenen Bürger. Die Situation muss erträglich gehalten werden. Wir Politiker sind dafür verantwortlich, dass wir nicht eine Situation wie in Deutschland bekommen. Ich fürchte mich vor Aggressionen, die entstehen, wenn wir das Problem nicht verträglich lösen. Dann gibt es Kräfte, die glauben, politisch etwas gewinnen zu können" (profil, Nr. 41, 5.10.1992, 17).

schen Tresorknackerbanden", „ausländischen Jugendbanden" und zuletzt, bedingt durch die „Operation Spring"[6], besonders spektakulär mit den „afrikanischen Drogendealern" beschäftigen. Als Konsequenz der Überschreitung der „Toleranzschwelle" und „Belastungsgrenze" – so drückten sich viele PolitikerInnen aus – verabschiedete die damalige SPÖ/ ÖVP-Regierung 1993 ein neues Aufenthaltsgesetz: Sein Ziel war die „Strukturbereinigung zur Lösung des Gastarbeiterproblems", wie die Regierungsvorlage zu diesem Gesetz erläuterte (Korun 2001, 15). Die Vorstellung, dass sich die Migration nach Österreich durch restriktive Gesetze steuern und einschränken lasse, mündete in einem großen, bis heute noch nicht untersuchten Exodus der MigrantInnen aus Österreich.[7]

Neben den Bedrohungsmotiven rund um Illegalität, Kriminalität und neuerdings wieder verstärkt Terrorismus treten in den rassistischen Diskursen auch andere Motive, abhängig von der wirtschaftlichen Konjunkturentwicklung, in unterschiedlicher Stärke hervor. Migration wird auch unter ökonomischen und demographischen Vorzeichen rassistisch diskutiert, etwa im Zusammenhang mit einem „Integrationsvertrag" (verpflichtende Deutschkurse für bestimmte Gruppen von MigrantInnen und Sanktionen, wenn diese MigrantInnen Deutschkurse nicht besuchen bzw. erfolgreich absolvieren). Dass jene Menschen, die nach Österreich kommen und hier auch seit 40 Jahren leben, politische Partizipationsrechte in Form einer Gleichstellung mit den StaatsbürgerInnen brauchen, bleibt eine Forderung der MigrantInnen und von machtlosen, politischen Oppositionsgruppen (Grüne, Liberale und linke Gruppierungen).

3. Migrantischer Widerstand und Gründe für migrantische Selbstorganisation

Unter Widerstand verstehe ich hier eine kritische, bewusste Distanz zu jeder zugeschriebenen gesellschaftlichen Stellung. Der Widerstand basiert auf einem begrifflichen Widerspruch zwischen dem MigrantIn-Sein und der Existenz als Teil der Aufnahme-

6 „Vor diesem Hintergrund ist auch die Kriminalisierung der community campaigning im Rahmen der bisher größten Polizeiaktion der Zweiten Republik, der sogenannten ‚Operation Spring', zu sehen, bei der es kaum 4 Wochen nach dem Tod von Marcus Omofuma und nur wenige Tage vor den EU-Wahlen zum ersten Einsatz des umstrittenen ‚Großen Lauschangriffs' kam" (Johnston-Arthur/ Görg 2000, 29). Unter „campaigning" wird eine kollektive Anstrengung verstanden, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes einen Diskurs weiter zu verbreiten und voranzutreiben (nach Johnston-Arthur/ Görg 2000, 21). „Community" ist in diesem Fall die Black Community in Wien.

7 Genaueres Zahlenmaterial zu diesem Exodus ist aufgrund der mangelnden Forschung nicht vorhanden. Es kann festgehalten werden, dass in den Jahren von 1990 bis 2001 die Gesamtzahl der MigrantInnen in Österreich relativ stabil geblieben ist. Dies ist dadurch zu erklären, dass im Zeitraum des von mir beschriebenen Exodus die Einwanderung von 75.000 BosnierInnen stattgefunden hat. Die Aussage zum „großen, bis heute noch nicht untersuchten Exodus" stützt sich auf persönliche Erfahrungen, die ich 1992 bis 1995 als Mitarbeiter der AusländerInnen-Beratungsstelle Tirol gemacht habe.
Sogar Michael Graff, damaliger Justizsprecher der ÖVP (jener Partei, die das Gesetz vorangetrieben und mitbeschlossen hatte), distanzierte sich im September 1993, einige Monate nach In-Kraft-Treten des Gesetzes, davon mit der Aussage, dass es sich um ein „Gastarbeiterschikanierungsgesetz" handle (Impuls, 9/ 93, 5). Dass dieser Exodus nur einer von mehreren ähnlichen war, illustriert folgende Feststellung: „... die SPÖ-Alleinregierung (...) zog in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise 1973 eines der radikalsten Gastarbeiterabbauprojekte aller westeuropäischen Industrieländer durch. Zwischen 1973 und 1984 wurde nämlich fast die Hälfte aller ausländischen Arbeitnehmer in Österreich abgebaut" (Sensenig 1999, 594).

gesellschaft. Dieser Widerspruch führt uns klar vor Augen, dass die gesellschaftliche Position der MigrantInnen sehr stark von der vorgegebenen „Wahrheit" der Aufnahmegesellschaft determiniert ist. Diese Wahrheit äußert sich als Machtkategorie und führt unvermeidlich zu Widerstand der MigrantInnen, weil der vorherrschenden Wahrheit die andere, unmittelbare und nicht rassistisch fremd definierbare Wahrheit der migrantischen Lebensumstände entgegensteht.

MigrantInnen gelten hier nicht im bisher weit verbreiteten Verständnis als Opfer, die sich dem unterdrückerischen bevormundenden System beugen müssen, weil sie aufgrund ihrer Stellung im niedrigsten Segment der Gesellschaft so identitätsbeschädigt sind, dass sie keine organisatorische Aktivität zur Selbstverteidigung entfalten können.[8] Ich betrachte die MigrantInnen als potenzielle GestalterInnen, die es trotz widriger gesellschaftlicher Bedingungen schaffen, sich in organisatorischen Einheiten zusammenzuschließen und die damit zu politischen AkteurInnen werden. Sie werden dabei zu potenziell Widerständischen: Obgleich sie sich für längere Zeit niedergelassen haben, haben sie ihren Drang nach Neuem und Besserem nicht verloren, der sie auch zu persönlichen und gesellschaftlichen Veränderungen führt: Sobald es die gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichen, pochen sie wieder auf die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Position.

MigrantInnen sind per Gesetz (Bundes-Verfassungsgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz, Fremdengesetz, Versammlungsgesetz, usw.) an eine bestimmte gesellschaftliche Stellung gebunden. Im Unterschied zu bestimmten anderen politisch minoritären Subjekten (Frauen, Behinderte, Homosexuelle, usw.) ist ihre gesellschaftliche Position vor allem wesentlich dadurch bestimmt, dass sie nicht von vornherein zu dieser Gesellschaft dazu gehören.

Am Beginn standen ein bestimmtes Migrationsmotiv und die Entscheidung, in ein anderes Land zu kommen und – danach – auch hier zu bleiben. Damit verbindet sich bei vielen das Beharren auf ihrem Platz im Hier und Jetzt, um sich den von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängigen Zielen des Anwerbens und Abschiebens zu widersetzen. Diesen Widerstand gegen die anhaltenden Benachteiligungen können wir als eine Initialzündung für alle seither und bisher entstandenen Formen des migrantischen Widerstands betrachten. Die Möglichkeit eines Ausschlusses (bis hin zur Abschiebung) aus dem Aufnahmestaat ist dafür verantwortlich, dass MigrantInnen per-

8 Dies behaupten etwa VertreterInnen des Multikulturalimus. Charles Taylor argumentiert, dass „unsere Identität (...) von der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, oft auch von der Verkennung durch die anderen geprägt (ist), so dass ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen wirklichen Schaden nehmen, eine wirkliche Deformation erleiden kann, wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ein einschränkendes, herabwürdigendes oder verächtliches Bild ihrer selbst zurückspiegelt" (Taylor 1993, 13-14). Demzufolge könnte man argumentieren, dass es für eine Demokratie ausreicht, wenn die herrschende Gruppe den beherrschten eine Anerkennung erteilt, ihre Kultur als wertvoll erachtet, usw. Herrschafts- und Machtverhältnisse lösen sich bei Taylor genau wie bei anderen Kommunitaristen in Fragen der kulturellen Identität auf. Es scheint in diesem Kontext unwesentlich zu sein, dass die betroffenen Menschen in der ihnen zugewiesenen passiven gesellschaftlichen Rolle bestätigt werden, und dass weiterhin die herrschende Gruppe die aktive gesellschaftliche Rolle spielt, indem sie anderen ihre Anerkennung erteilt. Das Machtverhältnis bleibt nämlich gleich und an der gesellschaftlich marginalisierten Position der beherrschten (Minderheiten-) Gruppen ändert sich damit gar nichts.

manent im stillschweigenden Widerstand des Nicht-dazu-Gehörens und des Nicht-dazu-Gehören-Wollens verharren.

Denn das MigrantIn-Sein ist von einer teilnahmslosen Beziehung zur Gesellschaft des Aufnahmelandes geprägt, die auf gesetzlichen Ausschlussregelungen beruht. Die MigrantInnen sind ein Teil der nationalstaatlichen Gesellschaft, auch wenn diese mit ihnen nichts zu tun haben will. Mit jeder Veränderung des Machtsystems produzieren und reproduzieren sie auch die entsprechenden Widerstandsformen: so reagierten viele MigrantInnen auf die Einführung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in den 70er-Jahren mit verstärkter Familienzusammenführung. Weitere Widerstandsformen, die auf die Machtverhältnisse reagieren, stellen Schutzfunktionen wie Ghettobildung oder Mimikry, verschiedene Formen der Selbstorganisation (siehe die folgenden Kapitel), informelle Informationssysteme, oder die Eroberung von Räumen dar. Die MigrantInnen bilden einen Teil des Dualismus moderner politischer Systeme, sie stehen den vergleichsweise privilegierten Einheimischen permanent gegenüber. Der Widerstand der MigrantInnen entwickelt sich zwischen einer Distanz zur Gesellschaft des Aufnahmelandes und einem wechselseitigen Integrationsprozess. Dies möchte ich im Folgenden mit einer näheren Betrachtung unterschiedlicher Formen migrantischer Selbstorganisation darstellen.

Weil MigrantInnen einerseits Teil der Gesellschaft ihres Aufnahmelandes, andererseits auch von dieser ausgeschlossen sind, führt dies zu ihrer Stärkung als Gruppe und zur Herausbildung von eigenen MigrantInnen-Organisationen. Diese Organisationen verändern sich im Spannungsfeld zwischen einer Orientierung auf die Herkunftsländer und den Machtverhältnissen in den Einwanderungsländern.

Die Gründe, die MigrantInnen bewegen, aus dem (in der Einleitung definierten) rassistischen politischen System Auswege zu suchen, sind zahlreich und vielfältig. Traditionsgemäß übt die Stellung innerhalb der Aufnahmegesellschaft einen bedeutenden Einfluss auf die Selbstorganisation aus. Dies gilt für die erste Generation, die ihre Ursprungssozialisation sehr schwer an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen kann, und deshalb sowohl Schutzsysteme in Richtung Aufnahmeland aufbaut als auch gleichzeitig versucht, auf ihr Ursprungsland einzuwirken; dies betrifft aber auch die folgenden Generationen, die das rassistische politische System der westlichen Aufnahmeländer als ihre Wirkungsstätte begreifen.

Aber die Selbstorganisation ist auch durch zahlreiche andere Faktoren motiviert: Der Politisierungsgrad, die Schichtzugehörigkeit, das Bildungsniveau, die familiären und materiellen Verhältnisse, die Arbeitssituation, usw. geben alle Anlass für Selbstorganisation und sind bei Mitgliedern verschiedener Organisationen unterschiedlich ausgeprägt. Eine genauere Untersuchung dieser Faktoren würde allerdings den Rahmen dieses Textes sprengen.

4. Typen migrantischer Selbstorganisation

Ich möchte im Wesentlichen zwei Formen migrantischer Selbstorganisation unterscheiden: Erstens Defensivorganisationen, die sich in erster Linie mit der Verteidigung

von diversen, nach innen orientierten Anliegen (kulturelle Identität, Sprache, andere Themen einer jeweils ethnisch geschlossenen Diaspora, usw.) beschäftigen, und zweitens partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation. Meine Aufmerksamkeit gilt im Folgenden vor allem dem partizipationsorientierten Typus. Bevor wir aber zu diesem übergehen, möchte ich kurz skizzieren, welche anderen, unterschiedlichen Organisationen es unter MigrantInnen überhaupt gibt.

An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang die Verwandtschaft zu erwähnen. Die verwandtschaftliche und damit vielfach auch örtliche Gebundenheit der Menschen ist Ausgangspunkt für die ersten und ursprünglichen migrantischen Organisationseinheiten. Dabei können wir nicht von einer Selbstorganisation im politischen Sinn sprechen, weil hier nur zeitweise und vorübergehend bestimmte Organisationsformen aufgegriffen werden, die MigrantInnen in ihrer ursprünglichen Sozialisation in den geographischen und sozialen Gegebenheiten ihrer Ursprungsländer erfahren und gekannt haben. Weitere mögliche Organisationsformen für derartige „ethnische Kolonien“[9] im Aufnahmeland sind: religiöse Gemeinden, bestimmte politische Organisationen, informelle soziale „Verkehrskreise“ und Treffpunkte sowie ein (vielfältiges) Vereinswesen. Außerdem kommt es zur Entwicklung ethnischer Medien und ethnischer Ökonomien.

Die religiösen Gemeinden, politischen Organisationen[10] und zum großen Teil auch die ethnischen Medien[11] zielen auf die Erhaltung oder Veränderung der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit im Ursprungsland ab. Die informellen sozialen Verkehrskreise und Treffpunkte sind wesentliche Strukturelemente der migrantischen Gemeinschaften im Aufnahmeland: Sie werden vor allem auch für den Informationsaustausch, den Aufbau von Netzwerken über Bekanntschaften, politische Agitation, usw. genutzt. Ein Beispiel für informelle soziale Verkehrskreise sind die gut funktionierenden Busverbindungen, welche die MigrantInnen bis in die entlegensten Dörfer ihrer Herkunftsländer bringen. Diese Verbindungen sind für die Aufrechterhaltung der sozialen Bindungen zwischen den Menschen einer Region von großer Bedeutung. Soziale Treffpunkte sind – um bei diesem Beispiel zu bleiben – jene Parkplätze in Wien, von denen diese

9 „Ethnische Kolonie ... ist eine zusammenfassende Konzeption ..., welche verschiedene, auf der Basis von Selbstorganisation entstandene Beziehungsfunktionen unter Einwanderern in einer bestimmten räumlich-territorialen Einheit bezeichnet“ (Heckmann 1992, 97). „ ‚Ethnische Kolonie‘ steht analog zwar für bestimmte ethnische Gemeinsamkeiten, aber keineswegs für eine homogene Kultur oder Gruppe; sie besteht aus einer Vielzahl von Gruppen, die nach unterschiedlichen Merkmalen differenziert sind“ (Heckmann 1992, 110).

10 Bei politischen Organisationen handelt es sich oft um Auslandsabteilungen der bestehenden politischen Parteien im Ursprungsland. So unterhielten während der jugoslawischen Kriege in den 90er-Jahren viele der neu entstandenen Parteien ihre Büros und Organisationszellen in Österreich.

11 Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist „Vesti“, die in Deutschland gedruckte Tageszeitung der jugoslawischen Community im Westen. Vesti ist eine der größten und am professionellsten gemachten Tageszeitungen der jugoslawischen Diaspora. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Medien, die sehr erfolgreich die Funktionen der Informationsweitergabe und Identitätsstiftung erfüllen. Eine sehr interessante Form von Informationsvermittlung ist die Telefoninformation der jugoslawischen Community in Wien: Diese existiert seit mehr als zwanzig Jahren und man kann sie hören, wenn man einfach die Wiener Telefonnummer 1510 wählt.

Busse abfahren. So starten am Parkplatz auf der Donauinsel die Busse in die Region Südwest-Serbien, am Südbahnhof die Busse nach Bosnien. Diese Parkplätze sind auch für nicht mitfahrende Personen innerhalb eines Zeitraums vor und nach Abfahrt bzw. Ankunft der Busse wichtige Treffpunkte, um Informationen und Gegenstände auszutauschen.

Des weiteren sind die „ethnischen Ökonomien" wichtig. Es handelt sich um Wirtschaftsformen, die sich auf eine spezielle Nachfrage einstellen, die aus der Migrationssituation resultiert und von einheimischen AnbieterInnen nicht abgedeckt wird. Am sichtbarsten sind die türkischen GemüsehändlerInnen. Andere Branchen ethnischer Ökonomien sind Video- und Musikträger-Geschäfte, Buchläden, Kreditbüros, Busunternehmen, Begräbnisgesellschaften, Gastronomiebetriebe, usw. Diese Ökonomien entstehen auch dadurch, dass MigrantInnen vom regulären Arbeitsmarkt verdrängt werden. Die finanzielle Kapitalausstattung der relativ jungen Unternehmen ist gering, was jedoch durch die Arbeitsmotivation und Mithilfe von Familie, Verwandtschaft und FreundInnen teilweise kompensiert werden kann (vgl. zu ethnischen Ökonomien in Wien auch Haberfellner/ Böse 1999, 93).

Schließlich möchte ich noch die Vereine erwähnen, in denen sich bis zu 50% aller MigrantInnen aktiv betätigen (Kroißenbrunner 1996, 23). Diese Vereine sind ursprünglich dem defensiven Typus von Selbstorganisation zuzurechnen. Sie können mehrere Formen annehmen, wie etwa Kultur- und Sportvereine oder Gesellschaften zur Förderung der Freundschaft zwischen zwei Ethnien. Mitte der 90er-Jahre wurden diese Vereine für die heranwachsenden AktivistInnen der nächsten Generation politisch und kulturell zu eng.

Politisch zu eng wurden sie deshalb, weil der bisherige Lobbyismus zu keinen konkreten Veränderungen der Migrations- und Integrationspolitik, sondern eher zur Stabilisierung sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch der ethnischen Gruppen geführt hatte. Kulturell wurden sie deshalb zu eng, weil die Vorstellungen, Interessen und Orientierungen der Männer der ersten Generation (meistens Leader der defensiv orientierten Vereine) nicht mit jenen der nachfolgenden zweiten und weiteren Generationen übereinstimmten (Viehböck/ Bratic 1994, 120). Daher vollzog sich in Österreich seit dem Ende der 90er-Jahre eine wichtige Entwicklung: Die defensiven Formen von Selbstorganisation der ersten Generation wurden durch die partizipationsorientierten Organisationen ergänzt und in ihrem politischen Wirken teilweise ersetzt.

Der partizipationsorientierte Typus der Selbstorganisation ist immer ein Versuch, für bestimmte, bewusst gewordene Problemlagen eine politische Lösung herbeizuführen, und unterscheidet sich von den Defensivorganisationen durch folgende Merkmale: ethnische Inhomogenität, einen nicht von Lobbying geprägten politischen Stil, den Aufbau von Netzwerken mit arbeitsteilig spezialisierten Knotenpunkten und mit flachen Hierarchien, eine eher internationalistische Orientierung und schließlich einen hohen Politisierungsgrad, um Gleichstellung zu erreichen.

Partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation lehnen ein Gefolgschaftsmodell von Politik ab. Die Defensivorganisationen sind Gefolgschaftsorga-

nisationen mit klaren inhaltlichen und strukturellen Vorgaben, differenzierten Aufnahme- und Ausschlusskriterien für ihre Mitglieder sowie arbeitsteilig und hierarchisch genau festgelegten Aktionen: Diese finden auch regelmäßig statt, wie etwa die jährlich durchgeführten Arbeitersportspiele des jugoslawischen Bundesdachverbandes (Bratic 2000, 13).

Die Entwicklung des migrantischen Widerstands in Österreich umfasst somit zwei Stufen, nämlich Defensivorganisationen und partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation:[12] Zunächst orientierte sich das Interesse des migrantischen Widerstandes an Familiennachzug und Kettenmigration. Aufgrund der schwachen Stellung der ersten Generation konnte er nur mit den Mitteln des Lobbyismus gegen die Restriktionen im Fremdenrecht (Ausländerbeschäftigungsgesetz, Fremdenpolizeigesetz) vorgehen. Dieser Widerstand sicherte sich die Unterstützung zivilgesellschaftlicher PartnerInnen sowohl im Ursprungs- als auch im Aufnahmeland.[13] Damit drängte das strukturell rassistische System des Aufnahmelandes Österreich die MigrantInnen in eine Form von defensiver Selbstorganisation – entsprechend ihren Vorstellungen und Organisationskapazitäten. Interessenvertretungen sowohl in den Aufnahme- als auch in den Ursprungsländern versuchten gleichzeitig, die neuen migrantischen Organisationen für ihre eigenen Interessen und Machtpositionen zu instrumentalisieren. Dadurch wurde aber ein gleichberechtigter Dialog unmöglich, was wiederum zur Folge hatte, dass sich alle Seiten möglichst stark voneinander abzugrenzen versuchten.

Die Gründe für die politische Umorientierung und Bildung von partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation, die als zweite Stufe des migrantischen Widerstands gelten können, sind vor allem darin zu finden, dass sich die neuen AktivistInnen in der MigrantInnenszene von „Kultur" auf „Politik" umorientierten: also von Fragen, die sich mit Identität beschäftigten, zu Fragen von Macht und Machttheorie. Mit diesem Schritt erreichten die AktivistInnen eine neue Position, um in einen möglichen Dialog mit der Gesellschaft des Aufnahmelandes einzutreten und an dieser Kritik zu üben. Diese Kritik wurde begleitet von einer Wende vom „moralischen" zum „politischen Antirassismus" (dies gilt für die „Bunten", ANAR, die BDFA, die Wiener Integrationskonferenz u.a.) und betraf jene Non-Governmental-Organizations (NGOs),

12 Zur Entwicklung in Deutschland siehe Bojadzijev/ Tsianos 1999.

13 Für die jugoslawische Community in Österreich war bis Anfang der 90er-Jahre paradoxerweise gerade der Österreichische Gewerkschaftsbund ein Partner, obwohl der ÖGB bis heute eine nationale Identitätspolitik betreibt, die alle ArbeitnehmerInnen ausschließt, die keinen österreichischen Pass besitzen. Zwar dürfen die MigrantInnen ÖGB-Mitglieder werden, zu BetriebsrätInnen aber nur österreichische StaatsbürgerInnen gewählt werden. Die Betriebsratsfunktion ist der Grundstein für den Aufstieg in der Hierarchie des ÖGB. Der Ausschluss vom passiven Betriebsratswahlrecht hat zur Folge, dass es außer auf der Ebene der Beratung in der Hierarchie des ÖGB auf keiner Stufe MigrantInnen gibt. Der Bruch mit dem jugoslawischen Dachverband kam Anfang der 90er-Jahre, als sich der ÖGB von den MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien wegen der politischen Entwicklungen in ihrem Ursprungsland distanzierte. Der eigentliche Partner des ÖGB, der mit ihm bisher gut kooperierende Jugoslawische Gewerkschaftsbund, hatte sich aufgelöst. Damit wurde eine Bindung an die jugoslawische Community für den ÖGB überflüssig. In letzter Zeit wurden aber manche dieser Kontakte wieder aufgenommen: so organisierte im Frühling 2000 einer der größten jugoslawischen Vereine, „Jedinstvo", ein Treffen zwischen dem ÖGB und allen Splittergruppen der alten jugoslawischen Gewerkschaften aus der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien.

die den „moralischen Antirassismus“[14] noch immer vertreten (Görg 2000, 28). Weiters wurden jene Organisationen kritisiert, die eine Stellvertreterpolitik betreiben, also im Namen der MigrantInnen auftreten und für sie etwas fordern, ohne dass diese in den Diskussionsprozess zu diesen Forderungen einbezogen werden oder überhaupt eine Rolle in diesen Organisationen spielen. Ein Paradebeispiel für eine solche Stellvertreterpolitik war – zumindest in den Augen der politisch-antirassistischen Szene – während der 90er-Jahre die Initiative SOS-Mitmensch.

Die AktivistInnen der partizipationsorientierten Organisationen distanzierten sich aber auch von den Führern der migrantischen Defensivorganisationen, die durch ihre jahrzehntelange Lobbyarbeit in ein Beziehungsgeflecht mit EntscheidungsträgerInnen von Parteien und Gewerkschaft integriert worden waren: Damit konnten sie keine aggressiveren und unabhängigen politischen Aktivitäten abseits des Lobbyismus setzen. Ihre Funktion wurde auf repräsentative Tätigkeiten in integrationsrelevanten Gremien reduziert, wo sie zwar einbezogen wurden, aber die Entscheidungen doch nicht maßgeblich beeinflussen konnten. Immerhin war es jedoch dadurch möglich, ihren Vereinen die Existenz zu sichern.

Als Ergebnis der Umorientierung der 90er-Jahre konzentrieren sich die partizipationsorientierten Formen migrantischer Selbstorganisation auf nach außen gerichtete politische Aktionen: Dazu zählen die Erstellung von Listen für Arbeiterkammerwahlen, die Politisierung der Wiener Integrationskonferenz, Kampagnen, die Gründung einer Zeitung, die Einrichtung eines e-mail-Nachrichtendienstes und schließlich die österreichweite Vernetzung. Dadurch entstehen wiederum neue Knotenpunkte innerhalb des Netzwerkes.

So konstituierte sich z.B. im Jahr 1996 die „Demokratie für Alle (DFA)“ in Wien, um politischen Einfluss auf die Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien zu gewinnen und das passive Wahlrecht für MigrantInnen (hier für nicht-österreichische StaatsbürgerInnen außerhalb des EWR-Raums) zu erreichen. Bei der Arbeiterkammerwahl 2000 kandidierte eine Nachfolgeorganisation unter der Bezeichnung „Bunte Demokratie für Alle“ (BDFA). Die BDFA führte während der Wiener Gemeinderatswahl am 25.3. 2001 „Parallelwahlen“ unter jenen MigrantInnen durch, die nicht wählen durften, um auf die Tatsache hinzuweisen, dass 18% der Bevölkerung Wiens vom Wahlrecht und damit von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen waren. Die BDFA ist zur Zeit in der Wiener Arbeiterkammer mit einem Mandat vertreten.

Neben dieser bunten Liste traten bei der Arbeiterkammerwahl 2000 in Wien zwei

14 In den 90er-Jahren entwickelte sich während der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP ein „moralischer Antirassismus“, der gegen die oppositionelle FPÖ gerichtet war, die durch offene rassistische Sprache vor allem bei Wahlen Zulauf gewann. Diese Form des Antirassismus bezog sich jedoch allein auf die offen rassistische Rhetorik der FPÖ: im Windschatten dieses Antirassismus wurden die rassistischen Strukturen des Staates Österreich durch restriktive Gesetze (z.B. Asylgesetz 1992, Aufenthaltsgesetz 1993, Fremdengesetz 1997) weiter ausgebaut. Diese Gesetze wurden durch die Konzentration des „moralischen Antirassismus“ auf die FPÖ der notwendigen, wichtigen Kritik entzogen. „Politischer Antirassismus“ konzentriert sich dagegen meinem Verständnis nach auf die strukturellen rassistischen Gegebenheiten, wie etwa den Ausschluss aus Politik, Staatsdienst, von geförderten Wohnungen und Sozialleistungen, und zwar unabhängig von der Rhetorik der gerade amtierenden Regierung.

türkische Gruppen an. Auch bei den Arbeiterkammerwahlen in Vorarlberg und Tirol 1999 und 2000 kandidierten türkische Listen.[15] Bei diesen Listen handelt es sich um ethnisch und religiös klar definierte Gruppen. Sie sind weniger zu partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation zu zählen, weil sie eher einem Gefolgschaftsmodell von Politik verpflichtet sind, in dem es um die Aufrechterhaltung der Kontrolle einer ethnisch homogenen Gruppe geht: In diesem Sinn kann eher von einer Weiterentwicklung der alten ethnisch strukturierten Defensivorganisationen gesprochen werden, wobei allerdings auch eine auf das Aufnahmeland bezogene Politisierung erfolgt.

Dass sich diese Bestrebungen bis auf die Betriebsebene fortsetzen, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Höchst in Vorarlberg. Bei den Betriebsratswahlen in der Firma Blum am 28. und 29. 9. 2001 trat neben der traditionellen Einheitsliste eine von MigrantInnen aus der Türkei initiierte Liste mit 5 Kandidaten türkischer Staatsbürgerschaft an. Die Kandidaten wurden von einem Drittel der Belegschaft gewählt, 5 Mandate gingen an die neue Liste. Darauf strich der Wahlvorstand alle türkischen Staatsbürger von der Liste und forderte zur Nachnominierung österreichischer Staatsbürger auf. Das lehnte die Liste jedoch ab und überlegte, dieses Vorgehen des Wahlvorstandes juristisch anzufechten, siehe dazu: http://derstandard.at/?url=/dyn/archiv/fastsearch.asp).

Die partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation sind frei gewählte und freiwillige Zusammenschlüsse, die einen selektiven Charakter haben: Die politisch interessierten Teile der ersten Generation von MigrantInnen neigen eher zu Organisationen mit Defensivcharakter: Mitglieder sind vor allem ältere männliche Erwachsene, die dem oben erwähnten ethnischen Gefolgschaftsmodell von Politik verpflichtet sind. In Defensivorganisationen spielt die Familie eine größere Rolle als in partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation. Die politisierten zweiten und folgenden Generationen haben sich eher von ihren Familien gelöst und neigen eher zu partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation. Dabei sind ethnisch gemischte Einheiten anzutreffen und der Charakter der Organisationen ist am leichtesten mit den Begriffen „Netzwerke“ und „Knotenpunkte“ zu beschreiben. So waren etwa die 11 Vorstandsmitglieder der „Bunten“ im September 2001 in 21 verschiedenen Projekten tätig. Ihr Tätigkeitsspektrum umfasste:

- Printmedien und elektronische Medien (eigene Zeitung in Printversion, e-mail-Zeitung, Nachrichtendienst und Homepages, Radio);
- Arbeitsgruppen (z.B. zum Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes);
- die Mitgliedschaft in österreichweiten Netzwerken (wie Austrian Network Against Racism/ ANAR oder das Österreichische MigrantInnenforum);
- konkrete politische Projekte (z.B. Mitbestimmung in bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen – in der Arbeiterkammer die „BDFA“ oder im Wiener Integrationsfonds die „Integrationskonferenz“);
- die Teilnahme an hochpolitisierten, aktionistisch orientierten Organisationen (wie an der „Plattform für eine Welt ohne Rassismus“);
- politische Kampagnen („Wiener Wahl Partie“, „ÖsterReich für Alle gleich“);

15 Diese Hinweise verdanke ich Hans Pühretmayer.

- Beratungsstellen („Asyl in Not“);
- und schließlich die konkrete Community-Arbeit in den Vereinen (wie „Nikola Tesla“, „Panafrican Forum“, „Casa del Pueblo“, nigerianische und kongolesische Vereine, usw.).

Das politische Verständnis der partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisationen baut stark auf konkrete politische Aktionen auf,[16] die darauf abzielen, innerhalb des gegebenen politischen Handlungsspielraums im Aufnahmeland konkrete politische Veränderungen herbeizuführen. Dass diese migrantischen Formen von Selbstorganisation Widerstand leisten, ergibt sich weniger aus einer programmatischen Ideologie als vielmehr daraus, dass sich diese Initiativen und ihre Mitglieder als Teil der Gesellschaft des Aufnahmelandes verstehen und das Gefühl haben, von vielfachen Ausschlussmechanismen betroffen und betrogen zu sein. Das Beharren auf der Sache der Gleichberechtigung, der Rückgriff auf die Ideale der Französischen Revolution, vor allem auf egalité, richtet sich gegen den Nationalstaat des Aufnahmelandes und ergibt sich notwendigerweise aus der gesellschaftspolitischen Situation der MigrantInnen.

In beiden Typen von Selbstorganisation spielen die Individuen eine wichtige Rolle. In Defensivorganisationen haben sie als Sammelpunkte wegen der hierarchischen Struktur solcher Organisationen mehr Exklusionsmacht – gegenüber Personen, aber auch Themen und alternativen politischen Bestrebungen.[17] Wir können hier in Anlehnung an Elias Canetti, der von Massenkristallen[18] spricht, von „Kristallisationsindividuen“ sprechen. Diese streben vor allem danach, wichtige Posten innerhalb der Kaderstruktur der Organisation mit Vertrauenspersonen zu besetzen: Das führt gleichzeitig zum Ausschluss anderer Personen, zur Ausschaltung von Themen, die mehrere Generationen von MigrantInnen betreffen, und schließlich zur personellen Verarmung solcher Organisationen.

In den partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation können die „Kristallisationsindividuen“ durch ihr persönliches Engagement für ein Thema und für die Lösung eines Problems imstande sein, innerhalb des Netzwerks von Selbstorganisation

16 Dass die Rückkehr zur Aktion in einen breiteren Kontext zu stellen ist, zeigt folgendes Zitat von Sonja Brünzels (2001, 170) über „Reclaim the Streets“ in London: „Gemeinsam ist dieser Protestkultur, dass sie konkrete, direkte Aktionen über theoretische Überlegungen stellt und die ‚Authentizität' des Protests mit dem Einsatz des eigenen Körpers, der eigenen Person verbindet.“ Sonja Brünzels ist einer der Kollektivnamen der in Deutschland agierenden autonomen a.f.r.i.k.a. – Gruppe. Diese Gruppe bemüht sich um eine Theorie eines linken Antirassismus und erzielte 1998 mit ihrem „Handbuch der Kommunikationsguerilla“ eine breitere Aufmerksamkeit.

17 Die enge Bindung der Führung des jugoslawischen Dachverbandes zu SPÖ und ÖGB war trotz mancher Enttäuschungen in dieser Beziehung dafür verantwortlich, dass in den migrantischen Defensivorganisationen bisher Bestrebungen erfolglos blieben, sich den Grünen oder anderen Parteien zuzuwenden. Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, dass alle Vorstände von Defensivorganisationen männlich dominiert sind: So besteht etwa der Vorstand des jugoslawischen und serbischen Dachverbandes in Wien aus 21 Personen, wovon nur zwei Frauen sind. Die Funktion der einen ist die der stellvertretenden Sekretärin, die andere ist ein einfaches Mitglied des Vorstands.

18 Das sind „kleine, rigide Gruppen von Menschen, fest abgegrenzt und von großer Beständigkeit, die dazu dienen, Massen auszulösen“ (zit. nach Franz Schuh*: Magerquark und Knäckebrot. Meditationen zu Motiven von Canettis ‚Masse und Macht'*. In: Der Standard, Album, 21.4.2001, 7).

neue Knotenpunkte zu bilden. Dieses Netzwerk ist außerdem davon gekennzeichnet, dass sich seine Gruppen und AkteurInnen immer wieder ändern, die Ziele aber gleich bleiben. Wegen der Orientierung am politischen Aktionismus sind die Gruppen relativ klein. Aufgrund der geringen Gruppengröße ist die Macht der Kristallisationsindividuen allerdings eher begrenzt und kann von den anderen Mitgliedern kontrolliert werden. Es geht darum, politische Aktionen mit einer optimalen Wirkung zu entfalten: Beispiele dafür sind die Aktivitäten der Projektgruppe „Sesam öffne dich!" in der Gewerkschaft der Privatangestellten (Grandperret/ Nagel 2000, 33-44), weiters Bemühungen, die Zahl der von der Wiener Integrationskonferenz in das Kuratorium des Wiener Integrationsfonds zu entsendenden Mitglieder zu erhöhen, sowie schließlich die Kampagne der „Wiener Wahl Partie" im Rahmen des Wiener Gemeinderatswahlkampfs 2001.

Partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation bilden nur Bruchstücke einer Programmatik heraus: Ihre Partizipationsorientierung steht der Herrschaftsförmigkeit eines ausformulierten Programms entgegen. In ständigen Diskussionen wird die Programmatik laufend umformuliert: dabei gibt es immer wieder Debatten und Streit darüber, was gesellschaftliche Gleichstellung bedeutet und wie sie zu erreichen ist.

Das Gelingen von Aktionen hängt aufgrund der Kleinheit der Gruppen immer auch von den einzelnen AktivistInnen ab. Die Gruppen können als Arbeitsgruppen bezeichnet werden. Die Dauer und Regelmäßigkeit ihrer öffentlichen Auftritte verleiht ihnen allerdings eine Aura der Mobilisierungsfähigkeit. Dies führt oft zu Missverständnissen, wenn es um die Zusammenarbeit mit bestimmten linksliberal eingestellten Gruppen (Demokratische Offensive, SOS-Mitmensch, Republikanischer Klub) geht, die ein Modell der Massenmobilisierung und damit ebenfalls ein Modell der Gefolgschaftsorientierung verfolgen.

Massenmobilisierung setzt eine Hierarchisierung voraus, indem sie eine Unterscheidung zwischen den Leadern und den für ein Event bzw. eine Großveranstaltung mobilisierten Personen schafft. Die Massenevents selbst sind Veranstaltungen, für die eine hierarchische Organisationsstruktur erforderlich ist: Die OrganisatorInnen sind besonders daran interessiert, Leader für diese Veranstaltungen zu gewinnen, die eine Gefolgschaft „mitbringen". Die Leader der defensiv orientierten migrantischen Organisationen sind jedoch nicht daran interessiert, sich für Themen einzusetzen, die sie nicht unmittelbar selbst betreffen. Dementsprechend versuchen die OrganisatorInnen von Großereignissen gegen Rassismus in einem Mobilisierungsnotstand die Schlüsselpersonen in den partizipationsorientierten Netzwerken anzusprechen, die jedoch keine große Gefolgschaft mitbringen. Stattdessen sind diese Personen an partizipationsorientierte und streng demokratische Formen von Politik gewöhnt, die mit den Notwendigkeiten für eine effiziente Organisation von Massenveranstaltungen nur allzu leicht in Konflikt geraten. Massenmobilisierung erfordert den Zugang zu den wichtigsten österreichischen Medien in Form eines zwangsläufig relativ mächtigen Kampagnenbüros und mit freundschaftlichen Beziehungen zu JournalistInnen und EntscheidungsträgerInnen in den Interessenvertretungen (v.a. ÖGB) und Parteien. Die Mobilisierung von Massen ist ein übliches politisches Mittel zur Interessendurchsetzung.

Abgesehen von materiellen Ressourcen sind dafür auch Personen notwendig, die mit Ideen und Themen der Veranstaltungen identifiziert werden können. Durch Mobilisierung schaffen die auf Massenevents ausgerichteten linksliberalen NGOs ebenso wie die defensiv orientierten MigrantInnenvereine eine bestimmte Hierarchie, von der sie sich aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit bestimmter Personen und ihres gleichzeitigen Eingebettet-Seins in bestimmte Machtstrukturen nur sehr schwer lösen können.

Anlässlich der Organisation von Massenveranstaltungen gegen Rassismus prallen nicht nur zwei Politikkonzepte (Gefolgschaft versus Partizipation) aufeinander, sondern auch entsprechend unterschiedliche ideologische Konzeptionen von Antirassismus: Während mit den Mitteln des weit verbreiteten „moralischen Antirassismus" Massen zu bewegen sind (siehe Lichtermeer 1993 u.a.), trifft dies auf den systemkritischen „politischen Antirassismus" nicht zu (Johnston-Arthur/ Görg 2000, 21-32). Nur manchmal schaffen NGOs und partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation eine konstruktive Zusammenarbeit, so wie dies bei der „Wiener Wahl Partie" während des Wiener Gemeinderatswahlkampfs 2001 der Fall war (Bratic 2001, 8-11).

Partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation weisen deutlich weniger Hierarchien als Defensivorganisationen auf, sondern haben den Charakter von „Labels": „Labels" verstehen sich eher als Plattformen, die oft durch wenige unbedingt notwendige Regelungen gekennzeichnet sind. Ihre Strukturen erscheinen verschwommen und von außen betrachtet undurchschaubar. Außerdem sind diese Organisationen von einer intellektuellen Kaderbildung geprägt. Diese neue Elitenbildung steht in ständigem Widerspruch zum politischen Anliegen, möglichst viele Personen einzubinden. Aus der geringen Organisationsgröße folgen eher geringe Arbeitskapazitäten der Organisationen – die AktivistInnen können sich aber stärker durchsetzen.

Um die internen hierarchischen Ebenen überschauen und kontrollieren zu können, sind partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation bestimmten Regelungen unterworfen, die durch interne Diskussionen und selbst auferlegte Kriterienkataloge, wie z.B. „equality targets" bei ANAR, zustande kommen. Unter „equality targets" versteht ANAR Mechanismen der Bevorzugung, die allerdings nicht so starr wie Quotenregelungen sind, deren arithmetische Regelungen nur für bestimmte Bereiche gelten. Equality targets basieren auf einer von der betreffenden Organisation selbst sondierten Möglichkeit, Ressourcen so zu verteilen, dass diese zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen können. Equality targets verhindern Hierarchien nicht, sondern stehen für einen bestimmten Umgang mit Hierarchien, der auf gesellschaftliche Gleichstellung abzielt.

5. Entwicklungstendenzen partizipationsorientierter Selbstorganisation

All jene Bereiche der Gesellschaft, zu denen die MigrantInnen keinen Zugang haben, werden als veränderungsbedürftig betrachtet. Je nach ihren Möglichkeiten arbeiten verschiedene Gruppen an diesen Veränderungen, die vor allem mit politischen Aktionen umgesetzt werden sollen. Der ÖGB wird dabei solange nicht als Partner betrachtet, solange er eine Haltung vertritt, die MigrantInnen ausschließt, so wie das auch bei UnternehmerInnen, der öffentlichen Verwaltung und im Schulsystem der Fall ist.

Das Ziel dieses Veränderungsprozesses heißt Gleichheit, wobei jedoch über diesen Begriff gemeinhin wenig reflektiert wird: Gedacht wird nämlich hauptsächlich an gleiche Chancen und gleiche Rechte, also an formale Gleichheit. Es geht jedoch vielmehr um den Ausbruch aus der Ungleichstellung und damit um praktische Umsetzungsmaßnahmen, um zu effektiver Gleichheit im Sinn von Gleichstellung zu gelangen. Erst in letzter Zeit bewegt sich die Diskussion auch in diese Richtung, und zwar mit der Kampagne „ÖsterReich für Alle gleich", die eine Gleichstellung aller Menschen unter Einbeziehung ihrer besonderen Bedürfnisse fordert.

Wenn sich MigrantInnen organisieren, kommt es auch zur Interaktion mit StaatsbürgerInnen der Aufnahmelandes. Die erste Generation von MigrantInnen betreibt ethnisch exklusive Kultur- und Sportvereine und damit Identitätspolitik im engeren Sinne. Demgegenüber beginnen die später entstehenden partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation, an denen sich vor allem die nachfolgenden Generationen von MigrantInnen beteiligen, einen Identitätsbegriff zu akzeptieren, der alle minoritären Gruppierungen umfasst. Diese Öffnung über bestimmte – besonders ethnische – Gruppen hinaus gilt sowohl für die Mitgliedschaft und die Aktivitäten der Organisation als auch für die Breite der Bewegung. Langsam setzt sich ein Bewusstsein durch, dass die verschiedenen Formen von Ausschließung in den modernen Gesellschaften etwas gemeinsam haben könnten, nämlich das Subjekt dieser Ausschließung. Aus diesem Verständnis resultiert auch das Bedürfnis nach gemeinsamen Widerstands- und Aktionsformen mit anderen marginalisierten Gruppierungen. Frauen, Behinderte, Homosexuelle, autochthone Minderheiten, usw. werden zu Verbündeten dieser neuartigen, bunten Identitätspolitik in den partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation.

Die Auflösung der nationalstaatlichen Souveränität kommt diesen Tendenzen entgegen. Gegenwärtig entwickeln sich im Zuge der neoliberalen Globalisierungstendenzen neue Formen von Macht, die insbesondere auf den neuen Kommunikationsmöglichkeiten per Internet aufbauen, und dementsprechend auch neue Formen des Widerstands: Zu diesen Widerstandsformen zählen das Betreiben unabhängiger Medien mit großer Verbreitung, z.B. die „independent media centers", Online-Demonstrationen oder die sehr stark mit graphischen Mitteln arbeitende Deportation-Class-Kampagne gegen die Lufthansa. Ein wesentliches Moment der in diesen unabhängigen Medien geführten Diskurse ist die konsequente Delegitimation der herrschenden Verhältnisse. Die Polarität „StaatsbürgerIn – Nicht-StaatsbürgerIn", im 20. Jahrhundert eine zentrale Kategorie des nationalstaatlichen Politikverständnisses, wird Teil einer Reihe von anderen neu entstandenen oder besser gesagt wieder aufgewerteten Gegensätzen: Diese umfassen etwa „Frauen – Männer", „Kranke – Gesunde", „Minderheiten – Mehrheiten", „Alte – Junge", „Dritte Welt – Erste Welt". Damit wird die Ausschließungspolitik umfassend. Und dem trägt auch der neu formierte Widerstand Rechnung, indem er versucht, neue Koalitionen herzustellen.

Die partizipationsorientierten Formen migrantischer Selbstorganisation sind besonders ein urbanes Phänomen. Das hängt damit zusammen, dass die AktivistInnen vor allem Angehörige jener intellektuellen MigrantInnenschichten sind, die in den

Städten leben. Sie wissen um die Funktionsweise des Systems der Aufnahmegesellschaft so gut Bescheid, dass sie im politischen Feld Aktionen setzen und auch politische Angriffe durchführen können.

Das neu entstandene Selbstvertretungsbewusstsein dieser AktivistInnen und Organisationen trifft auf eine schon bestehende politische Szene, die sich in früheren sozialen und politischen Kämpfen entwickelt hat. Gewöhnlich führt eine solche Situation auch zu Kämpfen um die Neuverteilung der Macht. Dadurch werden die migrantischen Formen von Selbstorganisation zu einem neuen Faktor im umkämpften politischen Raum „Opposition".[19] Damit spreche ich aber ein Thema an, das einer gesonderten Auseinandersetzung bedarf.

In der Praxis des migrantischen Widerstands kann ich derzeit bei den partizipationsorientierten Organisationen eine (im Vergleich zu früheren Formen) veränderte Art und Weise der Interessendurchsetzung konstatieren. Die Schwerpunktverlagerung von Kultur auf Politik hat vor allem bewirkt, dass politische Aktionen und Machtkämpfe mit dem Ziel der Gleichstellung im Vordergrund stehen und weniger ein von Lobbying-Strategien geprägtes reaktives Schutzverhalten, das vor allem die Defensivorganisationen charakterisiert hat. Ziel der partizipationsorientierten Organisationen ist die Schaffung eines für sie zugänglichen öffentlichen Raumes, den sie besonders mit der Forderung „Gleiche Rechte für Alle" anstreben: Dieser auch für MigrantInnen zugängliche offene Raum wäre Voraussetzung dafür, weitergehende, diversifizierte politische und soziale Forderungen erheben zu können.

Machtverhältnisse wird es zwar immer geben, sie sind aber kontrollierbar, indem niemandem die Möglichkeit gegeben wird, sie zu monopolisieren. Verschiedene politische Aktionen können gesellschaftspolitische Machtverhältnisse verändern und verschieben. Die aktuellen Ziele der partizipationsorientierten MigrantInnenorganisationen wären mit einer allgemeinen Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen erreicht.

Derzeit werden innerhalb der antirassistischen Szene, z.B. im Rahmen von ANAR und der Kampagne „ÖsterReich für Alle gleich", feministische Diskussionen aufgegriffen: Diese betreffen die pro-aktive Gleichstellung im Sinne „positiver Diskriminierung" und notwendige staatliche Maßnahmen, um effektive Gleichheit zu gewährleisten.

6. Ausblick: Anforderungen an partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation

Ausgehend von den bisherigen Entwicklungen und Erfahrungen mit partizipationsorientierter Selbstorganisation möchte ich abschließend noch einige wesentliche Charakteristika und Anforderungen zur Diskussion stellen, die für den Erfolg dieser Or-

19 Vor allem jene Parteien, die auf Bundesebene in Opposition waren, konnten bei der Wiener Gemeinderatswahl am 25.3.2001 nicht mehr auf MigrantInnen auf ihren Listen verzichten. Das führte dazu, dass es die bei allen bisherigen rassistischen „Ausländergesetzen" federführende Sozialdemokratische Partei schaffte, zwei Gemeinderätinnen mit migrantischem Hintergrund in das Wiener Rathaus zu bringen. Eine politisch durchaus interessante Entwicklung, wenn man die alles andere als wohlwollende Einstellung dieser Partei gegenüber MigrantInnen in den letzten 100 Jahren betrachtet.

ganisationen und das Ziel der Gleichberechtigung von MigrantInnen wesentlich sind:

1. In den Netzwerken partizipationsorientierter Selbstorganisation sollte eine bunte Identitätspolitik (orientiert auf MigrantInnen verschiedener Ethnien und Angehörige des Aufnahmelandes) im Vordergrund stehen. Diese tendiert dazu, fremd definierte identitäre Grenzen zu überwinden, indem sie aktuelle gesellschaftliche Probleme im zunehmenden Ausmaß als identitätsübergreifend wahrnimmt und zu bearbeiten versucht.
2. Das Netzwerk scheint eine zentrale Rolle zu spielen, weil es für jede AktivistInnengruppe ein soziales Rückzugsgebiet bietet. Die Beständigkeit ist ein wichtiges Charakteristikum eines sich selbst immer wieder erneuernden und fortbestehenden Netzes. Seine einzelnen Kraftpunkte können sich je nach den politischen Klimaverhältnissen aktivieren, auflösen oder reaktivieren. Das Netz sichert die Kontinuität der Tätigkeiten in einer komplexen Gesellschaft, und in gewisser Weise spiegelt es die Komplexität der Gesellschaft wider. Darum ist es auch nicht wegzudenken. Die innere Dynamik und die Aufrechterhaltung der einzelnen Gruppen verlieren damit für das gesamte Netz jene dominierende Bedeutung, die sie innerhalb der Defensivorganisationen spielen.
3. Um Ziele und Handlungen der Gruppen im Netz zu koordinieren, sind interne Absprachen und das Herstellen eines Konsenses innerhalb der Arbeitsgruppen notwendig. Die Gruppen sind labil und flexibel, und funktionieren nach dem Prinzip der Überzeugung: Wird eine Aktion vorgeschlagen, muss sie die Mobilisierung der Gruppe ermöglichen. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird auch die beste Idee ad acta gelegt.
4. Neben den direkt in das politische Leben eingreifenden Aktionen betrachten die partizipationsorientierten Formen von Selbstorganisation einen eigenen Zugang zur Öffentlichkeit als sehr wichtigen Aktionsbereich. Sie dringen daher in Bereiche der Informationsvermittlung und -verteilung[20] vor. Vielen AktivistInnen sind die möglichst breite Streuung von Informationen und die Erarbeitung eines gemeinsamen internen Wissens wichtige Anliegen.
5. Die Fortsetzung der Arbeit einer Gruppe ist an die gemeinsame Weiterentwicklung ihrer Ziele gebunden. Ist das nicht Fall, wird die Gruppe geschwächt: allerdings verschwindet sie nur selten auch wirklich, sondern wartet eher als potenzieller strategischer Faktor auf eine Wiederaktivierung. Das bedeutet: je nach politischer

20 Der unveröffentlichte Jahresbericht von ANAR für 2000/ 2001 berichtet über die Entwicklung des Netzwerkes: „Die Kommunikation und Informationsverteilung über Mailinglisten war von Anbeginn an ein wesentliches Instrument der Vernetzung im Rahmen von ANAR. Durch den stetigen Aufbau und die Zusammenlegung von Adressverteilern mehrerer befreundeter Organisationen wurde es möglich, im Jahr 1999 wöchentlich eine Aussendung der aktuellen Termine im Antirassismusbereich zu etablieren. Aus diesem innovativen Konzept der Zusammenfassung von eingesendeten messages zu einem längeren E-mail an einen größtmöglichen Bereich von InteressentInnen wurde zur Zeit der Regierungsumbildung ein regelrechtes e-mail-Medium mit dem Namen widerst@nd! – MUND (Medien-Unabhängiger Nachrichtendienst; siehe http://www.no-racism.net/MUND). Mit dieser Verbreitungsmöglichkeit – täglich wird der widerst@nd! – MUND dezentral ca. an 3.000 Adressen verschickt – wurde ANAR in die Lage versetzt, diskursiv in den weiteren Bereich der regierungskritischen Zivilgesellschaft auszustrahlen und entsprechende emanzipatorische, antirassistische Positionen hörbar zu vertreten."

Konjunktur und Konstellation durchlaufen die einzelnen Gruppen Phasen der Inaktivität, Organisierung sowie der Weiterbildung, Mobilisierung und der zielgerichteten Aktion.

6. Die Entwicklung des Netzwerkes hängt mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Lage zusammen. Als Spiegelbild der Gesellschaft ist das Netzwerk nicht wegzudenken. Das Netzwerk macht Problemlagen schärfer und stärker sichtbar und bietet seinen Gruppen eine gemeinsame Struktur für politische Aktionen, die von niemandem außerhalb des Netzwerkes kontrolliert werden.
7. Es ist niemandem im Vorhinein klar, welche Differenzen und Verschiebungen innerhalb der Gesellschaft zu Widersprüchen und Gegensätzen führen werden, aus denen eine politische Aktion entspringen kann. Durch die Struktur und Funktion des Netzwerks als Spiegelbild der Gesellschaft ist es aber möglich, auf alle Veränderungen mit einer Aktion zu reagieren.

7. Schlussbetrachtung

Ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Migrationsprozesses nach Österreich und die Funktionsmechanismen der österreichischen Migrationspolitik haben uns zum migrantischen Widerstand geführt, dessen verschiedene Formen und Spezifika ich in diesem Artikel behandelt habe.

Ich habe die Absicht und den Wunsch verfolgt, einen Blick auf die Funktionsweisen der migrantischen Formen von Selbstorganisation zu werfen, die ich als Widerstand gegen die – mittels Fremdenrecht – gesellschaftlich auferlegten Zwänge begreife. Mir ist es vor allem um eine grobe Skizze der Möglichkeiten von Selbstorganisation und um einige kurze Charakterisierungen gegangen. Wir haben gesehen, dass es sich vor allem bei den partizipationsorientierten Formen um politische Organisationen handelt, die auch politische Handlungen setzen. Ihre Handlungen sind im beschriebenen Feld der Ausschließungsmaßnahmen als Versuch zu deuten, diesen eine demokratiepolitisch egalitäre Wirklichkeit entgegenzusetzen: Ausgehend von einer bestimmten Problemlage setzen partizipationsorientierte Formen von Selbstorganisation Aktivitäten, um zu einer rechtlichen, sozialen und politischen Gleichstellung der MigrantInnen zu gelangen. Solange die rassistische Ausschließungspolitik anhält, die von allen relevanten gesellschaftlichen Machtzentren getragen wird und auf rechtlichen Regelungen beruht, gilt es, weiterhin die Forderung nach demokratischer Gleichheit zu stellen und ihre Umsetzung mittels politischer Aktionen voranzutreiben.

Literatur

Austrian Network Against Racism/ ANAR (2001) *Bericht über die Aktivitäten von ANAR 1.1.2000 bis 30.6.2001*. Wien (unveröffentlichter Bericht).

Bauböck, Rainer (1990) *Kein Kurswechsel des ÖGB in der Ausländerpolitik.* In: Kurswechsel, Heft 1, 48-56.

Bojadzijev, Manuela/ Tsianos, Vassilis (1999) *Mit den besten Absichten. Spuren des migrantischen Widerstands.* Verfügbar unter: http://www.kanak-attak.de/main.htm

Bratic, Ljubomir (2000) *Soziopolitische Organisationen der MigrantInnen in Österreich.* In: Kurswechsel, Heft 1, 6-21.

Bratic, Ljubomir (2001) *Gleiche Rechte für Alle! Zur transversalen Praxis der Wiener Wahl Partie.* In: kulturrisse, Heft 2, 8-11.

Brünzels, Sonja (2001) *Reclaim the Streets: Karneval und Konfrontation.* In: Becker, Jochen (Hg.) bigness. Kritik der unternehmerischen Stadt. Size does matter. Image/ Politik. Städtisches Handeln. Berlin, 167-178.

Essed, Philomena (1992) *Multikulturalismus und kultureller Rassismus in den Niederlanden.* In: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. Hamburg/ Buntstift e.V. Göttingen (Hg.) Rassismus und Migration in Europa. Hamburg, 373-387.

Görg, Andreas (2000) *Bunte Vorarbeit für die vierte Republik.* In: derive, Heft 1, 28-29.

Görg, Andreas/ Pühretmayer, Hans (2000) *Antirassistische Initiativen in Österreich.* In: Berghold, Josef/ Menasse, Elisabeth/ Ottomeyer, Klaus (HgInnen) Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Klagenfurt, 237-257.

Grandperret, Caroline/ Nagel, Rolf (2000) *Möglichkeiten antirassistischer Arbeit in der Gewerkschaft.* In: Kurswechsel, Heft 1, 33-44.

Haberfellner, Regina/ Böse, Martina (1999) *„Ethnische" Ökonomien.* In: Fassmann, Heinz/ Matuschek, Helga/ Menasse, Elisabeth (HgInnen) Abgrenzen – ausgrenzen – aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Wien, 75-94.

Heckmann, Friedrich (1992) *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen.* Stuttgart.

Hetfleisch, Gerhard (1991) *Rotation statt Integration? AusländerInnengesetze in Österreich und AusländerInnenbeschäftigungspolitik am Beispiel Tirols.* In: Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hg.) AusländerInnen: Integration oder Assimilierung? Innsbruck, 30-87.

Hierl, Tobias (1992) *Konzepte der Parteien.* In: knappe Güter, Nr. 3, 51-52.

John, Michael/ Lichtblau, Albert (1988) *Assimilation und Integration der ArbeitsmigrantInnen in Wien.* In: Bauböck, Rainer/ Baumgartner, Gerhard/ Perchinig, Bernhard/ Pintér, Karin (HgInnen) ... und raus bist du! Ethnische Minderheiten in der Politik. Wien, 234-256.

John, Michael/ Lichtblau, Albert (Hg.) (1990) *Schmelztiegel Wien. Einst und Jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten.* Wien.

Johnston-Arthur, Araba Evelin/ Görg, Andreas (2000) *Campaigning against racism.* In: Kurswechsel, Heft 1, 21-32.

Korun, Alev (2001) *„Strukturbereinigung" – Österreichische Migrations- und „Integrationspolitik" der neunziger Jahre.* In: Stimme, Nr. 38, 14-15.

Kroißenbrunner, Sabine (1996) *Soziopolitische Netzwerke türkischer MigrantInnen in Wien.* Wien.

Pflegerl, Siegfried (1977) *Gastarbeiter zwischen Integration und Abstoßung.* Wien/ München.

Sensenig, Eugene (1999) *Reichsfremde, Staatsfremde und Drittausländer. Immigration und Einwanderungspolitik in Österreich.* Salzburg.

Taylor, Charles (1993) *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung.* Frankfurt.

Viehböck, Eveline/ Bratic, Ljubomir (1994) *Die Zweite Generation. Migrantenjugendliche im deutschsprachigen Raum.* Innsbruck.